Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 02. 12. 2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Inge Höger, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

- Drucksache 17/2212 -

Endgültiger Verzicht auf transatlantische und europäische Flugpassagierdaten-Abkommen

A. Problem

Das von der EU-Kommission geplante Passenger Name Record (PNR)-Paket, als auch die bestehenden PNR-Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Australien würden zu einer weltweiten, verdachtslosen Datenspeicherung, ihrer Übermittlung und einer unkontrollierbaren Verwendung der Daten führen. Ein solches System widerspräche den Standards, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung an die europäische und internationale zulässige Datensammlung gestellt habe und auch der Europäische Gerichtshof habe im Jahr 2006 die Praxis der Übermittlung personenbezogener Daten von Flugpassagieren wegen unzureichender Rechtsgrundlagen für nichtig erklärt. Daraufhin sei im Jahr 2007 ein ebenfalls problematisches Abkommen abgeschlossen worden, statt dieses Urteil zum Anlass zu nehmen, grundlegende Standards im Datenschutz zu klären. Vor diesem Hintergrund fordern die Antragsteller eine umfängliche Untersuchung relevanter europäischer Abkommen auf dem vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Niveau und den Verzicht auf die Durchführung des PNR-Pakets. Weiterhin solle sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene gegen das PNR-Abkommen aussprechen, hierfür gewährte Mittel einfrieren und zudem Vorarbeiten für ein europäisches Fluggastdatenabkommen einstellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/2212 abzulehnen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach Vorsitzender Clemens Binninger Berichterstatter

Jan Korte Berichterstatter Wolfgang Gunkel Berichterstatter

Wolfgang Wieland Berichterstatter Gisela Piltz
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Clemens Binninger, Wolfgang Gunkel, Gisela Piltz, Jan Korte und Wolfgang Wieland

1. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/2212** wurde in der 68. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Oktober 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Votum der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 24. Sitzung am 1. Dezember 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 1. Dezember 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in seiner 25. Sitzung am 1. Dezember 2010 mit den Stim-

men der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuss für Tourismus hat in seiner 21. Sitzung am 1. Dezember 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 25. Sitzung am 1. Dezember 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 1. Dezember 2010 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Clemens Binninger Wolfgang Gunkel
Berichterstatter Berichterstatter

Jan KorteWolfgang WielandBerichterstatterBerichterstatter

Gisela Piltz
Berichterstatterin

